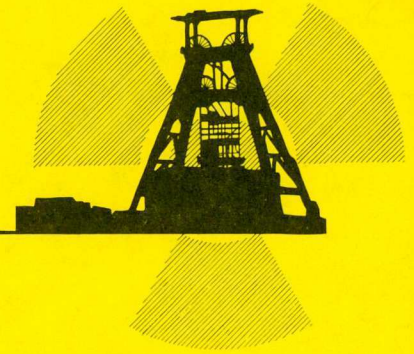


Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e. V.



Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e. V.
Bleckenstedter Straße 24 · 3320 Salzgitter 1

Büro:
Bleckenstedter Straße 24
3320 Salzgitter-Bleckenstedt
Tel.: 0 53 41 - 6 74 92
Telefax: 05 31 - 89 56 10

Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag 16 - 18 Uhr

Bankverbindungen:
PGiroA Hannover 3787 52-308
BLZ 250 100 30
NORD/LB Wolfenbüttel
Nr. 9 344 250, BLZ 250 500 00

Erklärung des wissenschaftlichen Beirates

Der wissenschaftliche Beirat der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD hat sich mit den Plänen des Bundesamtes für Strahlenschutz zur Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Salzgitter auseinandergesetzt. Die Bundesregierung plant hier in einem ehemaligen Erzbergwerk 40 Jahre Atommüll, 550.000 Kubikmeter, einzulagern.

Die radioaktiven Abfälle, die trotz fehlender Möglichkeiten einer Entsorgung weiter erzeugt werden, stellen ein Risiko dar, das von seiner radiologischen Giftigkeit und von seiner Langlebigkeit einer umfassenden gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion bedarf. Diese hat der von der Landesregierung auf Anweisung der Bundesregierung ausgelegte Plan nicht im Ansatz geleistet. Der Prozeß der Erzeugung und Lagerung radioaktiver Abfälle wirft folgende Fragen auf:

1. Wie Vorgänge in der Vergangenheit (ALKEM, NUKEM) gezeigt haben, ist eine wirksame Kontrolle der Erzeugung, Deklaration und Verbringung dieser Abfälle bei den enormen Kosten der Abfallagerung, die einen Druck zur Umgehung der Vorschriften erzeugen, nicht möglich. Die Normkonformität der angelieferten Abfälle ist aber nicht hinterfragte Grundlage der Sicherheitsanalysen.
2. Die europäische Integration wird in Zukunft die Beschränkung auf Abfälle deutschen Ursprungs mit der Möglichkeit einer Kontrolle vor Ort, unbeschadet der erreichbaren Dichte, beseitigen. Dies wird die Beherrschbarkeit der europäischen Abfallströme weiter verringern.
3. Die Anlage wird einen intensiven Transport von radioaktiven Abfällen quer durch die Bundesrepublik verursachen. Auf diese Risiken geht der Plan nicht ein.
4. Das Verhalten der geologischen, hydraulischen und meteorologischen Systeme, die Freisetzung und Transport hochradioaktiver Stoffe aus dem "End"lager in die Biosphäre bedingen, ist in die Zukunft nicht prognostizierbar. Die Naturwissenschaften können damit Aussagen über die Sicherheit eines Endlagers nicht verantworten.
5. Die Nutzung der Atomenergie spaltet die lebende Generation, die von dieser zu profitieren meint, von ihrer Nachwelt, der nicht mehr rückgängig zu machende Risiken für eine sehr lange Zukunft aufgebürdet werden. Die damit verbundenen ethischen und rechtlichen Probleme sind nicht im Ansatz gelöst.
6. Eine angemessene Diskussion über diese Fragen wird nur dann möglich sein, wenn durch den Ausstieg aus der Atomenergienutzung der Handlungsdruck vermindert wird.

Betroffen von KONRAD sind alle, die die Erzeugung radioaktiver Abfälle als Zeitgenossen zulassen und die als Anlieger des radioaktiven Abfallverkehrs gefährdet sind. Alle Betroffenen sollten sich informieren und ihre Einwendungen gegen den Plan vorbringen.

Braunschweig, den 1. 6. 1991

Wissenschaftlicher Beirat: Dr. Detlef Appel, Geologe beim Geowissenschaftlichen Büro Pango Hannover · Dr. Helmut Burgdorf, Chemiker, Leiter des Umweltamtes der Stadt Marburg · Andreas Gleim, Verwaltungsjurist beim Bausenator der Stadt Hamburg · Dr. Erika Hickel, Professorin und 1. Vizepräsidentin der TU Braunschweig · Matthias Kollatz, Physiker und Volkswirt, Berlin · Dr. Eckard H. Krüger, Physiker, Wissenschaftlicher Leiter des Umweltinstituts München · Dr. Jens Scheer, Professor für Physik an der Universität Bremen.